

Dr. Wolfgang Gern
Sprecher der Nationalen Armutskonferenz
Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau

Armes Europa?

Armut und soziale Ausgrenzung im europäischen Kontext
Nordhorn, den 20. Februar 2010

*Die Stärke des Volkes misst sich am
Wohl der Schwachen.
Schweizer Verfassung*

I

Die Erfahrung von Armut und Ohnmacht wächst

Zwei Bilder drängen sich mir auf. Das erste Bild stammt von Orhan Pamuk, dem türkischen Schriftsteller. Pamuk erzählt von einem Mann, der durch die Straßen seiner Stadt zieht. Er sieht zufällig an einem Haus eine Tür mit einem Schild „Eintritt verboten“. Er überlegt, warum der Eintritt verboten ist und wer durch diese Tür darf. Er fragt sich auch, warum dieses Schild da ist und warum man nicht Schlüssel verteilt, damit Menschen geordnet durch diese Tür gehen können. Er spürt, dass diese Tür – eigentlich zum Öffnen geschaffen – Begehrlichkeiten weckt und dem Rest der Menschheit bedeutet, dass die Tür unwiderruflich zu ist. Man entwickelt Phantasien, was dahinter ist, zumal einige hinter der Tür auch beschließen, dass man keine Schlüssel verteilen soll. Denn dann könnte sich ja auch die Tür für Menschen öffnen, die draußen bleiben sollen. Und man würde feststellen können, was hinter der Tür geschieht. Pamuk sagt: „Den Leuten draußen wird durch das Schild erst richtig deutlich, dass sie eben draußen sind ..., dass durch das Schild die Welt gewissermaßen zweigeteilt wird. Die einen dürfen rein, die anderen nicht ... Immer wütender wird der Mann auf die Leute mit dem Schild, die genau vorhergesehen haben, dass er so lange vor dieser Tür stehen und sich über die erniedrigenden Aspekte des Schildes ereifern würde“. Orhan Pamuks Bild hat drastische Bedeutung für Europa: Es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen, die draußen sind, die sich ausgeschlossen fühlen, die ohnmächtig warten oder gar voller Wut sind.

Das zweite Bild stammt aus einer Beratungsstelle der Diakonie. Wir werden konfrontiert mit folgender Geschichte: Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgens auf, ohne Radiowecker oder eine liebevolle Begrüßung, aber Ihr Gefühl sagt Ihnen, es ist Zeit aufzustehen. Sie drehen sich aus Ihrem unbezogenen und schmutzigen Bett. Eine warme Bettdecke haben Sie schon lange nicht mehr. Sie stehen auf, gehen ins Bad, waschen sich mit eiskaltem Wasser durchs Gesicht, denn der Warmwasserboiler ist schon seit Wochen defekt. Sie brauchen keine Gedanken daran zu verschwenden, was Sie heute anziehen, denn Sie tragen seit mehreren Tagen sowohl nachts als auch tagsüber dieselbe Kleidung. Den Gang in die Küche können Sie sich sparen, denn bereits gestern war der Kühlschrank schon leer. Sie greifen Ihre Tasche, suchen auf dem Kleiderhaufen im Flur eine Jacke und ziehen Ihr einziges Paar Schuhe an. Es sind Sandalen, obwohl Sie beim Blick aus dem Fenster gesehen haben, dass Schnee liegt. Sie verlassen die Wohnung, ohne ein weiteres Familienmitglied zu Gesicht bekommen zu haben. Stellen Sie sich vor, Sie sind auf dem Weg in die Schule, denn Sie sind sieben Jahre alt.

Beide Geschichten spiegeln das Lebensgefühl vieler Menschen in Europa. Wir begegnen ihnen auf der Straße oder in den Beratungsstellen und Einrichtungen der Diakonie. Viele von ihnen suchen bislang vergeblich nach einem Schlüssel zur Lösung ihrer Probleme. Oder noch schlimmer: Sie haben nicht selten die Hoffnung für sich oder gar ihr Selbstvertrauen völlig aufgegeben. Nicht wenige sind stumm geworden gegenüber der Ausgrenzung, die sie erfahren. Uns kann nicht gleichgültig sein, dass die Zahl der Hilfebedürftigen und Hilfesuchenden wächst – besonders unter Kindern und Jugendlichen, die sich nicht wehren können. Und Kinderarmut bedeutet ja, schlechter ernährt sein, häufiger krank sein, weniger Hilfe bei schulischen Problemen haben. Es bedeutet häufiger Schulabbrüche und geringere Chancen im Berufsleben. Und früh erfahren, dass man nicht mithalten kann. Traurige Erfahrung ist es, dass aus Kindern armer Eltern wieder arme Eltern werden.

II

Diakonie steht auf gegen die Trennung zwischen Drinnen und Draußen

Diakonie ist der Protest, der praktische, leidenschaftliche und hoffentlich liebevolle Protest gegen eine Welt, die trennt zwischen drinnen und draußen. Protest auch gegen ein Christentum, das Gottes Gnade für sich reklamieren oder konservieren will. Der Gründer der neuzeitlichen Diakonie, Johann Hinrich Wichern, hat in diesem Sinne Mitte des 19. Jahrhunderts dem christlichen Bürgertum in Hamburg buchstäblich eingeheizt und von der Versuchung eines „hölzernen Christus“ gesprochen, der angeboten wird, von dem aber für die Kirche nichts ausgeht. Wichern sagte: „Habt ihr nicht lange genug euren kleinen privaten Frieden mit Gott gemacht? Habt ihr etwa nicht gesehen, wie sich eure Arbeiter mit ihren Weibern und Kindern in Löchern drängen? ...habt ihr nicht gemerkt, dass sie nur noch höhnisch lachen, wenn ihr Ihnen mit Gott, Staat, Vaterland und Nächstenliebe daherkommt?“

Martin Niemöller hat unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Kirche und Diakonie gefragt: „Was bedeutet es für uns, dass das Kreuz Jesu Christi auf Golgatha mitten in der Welt steht?“ Ich frage aktuell weiter: Was bedeutet es im Angesicht des Kreuzes, dass jedes fünfte Kind in Armut lebt und weit mehr Kinder sehr geringe Bildungschancen haben, ja ganz früh erfahren müssen, dass sie nicht mithalten können? Was bedeutet es für uns, dass die Zahl der jungen Wohnungslosen wächst? Was bedeutet es im Angesicht des Kreuzes, dass vor allem in den Großstädten unserer Länder viele trotz Arbeit arm sind? Was bedeutet es im Angesicht des Kreuzes, dass alte Menschen wachsend häufig eine Rente unter dem Existenzminimum haben, obwohl sie jahrzehntelang gearbeitet haben? Was bedeutet es für uns, dass zehn Prozent der Bevölkerung in Europa über fünfzig Prozent des Geldvermögens in der Hand haben? Was bedeutet es schließlich, dass in vielen Ländern dreißig bis vierzig Prozent der Menschen nicht mehr zur Wahl gehen, also von der Demokratie und einer europäischen Sozialordnung nichts mehr erwarten?

Wer heute von sozialen Grundrechten spricht, muss anknüpfen an der Entwicklungsdebatte der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Als im Jahre 1966 in der

Ökumenischen Diskussion des Weltkirchenrates der Begriff „Verantwortliche Weltgesellschaft“ geprägt wurde, betonte zeitgleich der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ in Artikel 11 „das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie“. Erich Fromm spricht in diesem Zusammenhang von einem angeborenen Recht – unabhängig davon, ob der Betreffende für die Gesellschaft von Nutzen ist. Insofern ist die Frage nach sozialem Ausgleich bei uns zugleich eine Frage nach internationalen Verhaltens- und Sozialrechtsstandards, wie sie die Vereinten Nationen im Jahre 1995 eingefordert haben.

Insgesamt kommt es darauf an, dass wir die Hoffnung auf den von Gott geliebten Menschen und die Menschlichkeit des Menschen nicht verlieren, dass wir uns also mit Gleichgültigkeit, Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit nicht abfinden. Und dass wir im Gedächtnis behalten: Auch eine europäische Rechtsordnung lebt von Voraussetzungen, die sie sich selbst nicht geben kann. Sie lebt von einer Kultur, in der Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit untrennbar zusammengehören.

III

Europa ist ein reicher Kontinent – Armut wäre ein vermeidbarer Skandal

Vor genau zehn Jahren haben sich die Regierungschefs Europas in Lissabon auf das Ziel verpflichtet wollen, bis 2010 Armut in der EU zu überwinden. So weit gingen sie aber nicht, sondern beschlossen das bescheidene Ziel für die EU, „die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen“. Nicht einmal dies ist gelungen. Seit dem Jahr 2000 ist die Armut in der EU kontinuierlich angestiegen. Über 80 Millionen Menschen in der EU gelten offiziell als arm, darunter 19 Millionen Kinder. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission haben das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen, denn „die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ müssten „für die Europäische Union eine Priorität werden“.

Eine nachhaltige Armutsbekämpfung in der EU erfordert den Ausbau der EU zu einer sozialen Union. Dies ist nach der Osterweiterung der EU notwendiger denn je: Das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den EU-Mitgliedsländern ist so groß wie

nie zuvor. Die Mitgliedsländer der EU haben die Osterweiterung nicht mit integrationspolitischen Maßnahmen verbunden, die der Armutsbekämpfung dienen. Das Gemeinsame Haus Europa braucht aber um des sozialen Zusammenhaltes willen eine entschiedene und nachhaltige Armutsbekämpfung.

Die EU ist eine der reichsten Wohlstandsinseln in der Welt. Obwohl Europa weniger als 15 Prozent der Weltbevölkerung umfasst, besitzen diese 15 Prozent doch fast ein Drittel des Weltvermögens. Aber in der EU gibt es offiziell etwa 80 Millionen Einkommensarme von knapp 500 Millionen Einwohnern. Im Jahr 2008 gab es 2,6 Millionen Dollar-Millionäre in der EU. Diese Vermögenskonzentration steht in skandalösem Kontrast zu der steigenden Anzahl der armen Menschen in der reichen EU. Zwar gibt die EU eine Sozialstatistik heraus, die Auskunft über das Ausmaß der Armut gibt. Doch wie es um die Verteilung des Reichtums bestellt ist, darüber schweigen die europäischen Statistiker. Dabei ist das durchschnittliche Einkommen der 20 Prozent der Bevölkerung am oberen Ende der Einkommensspitze im Jahr 2007 fünfmal so hoch wie das Einkommen jener 20 Prozent der Bevölkerung am unteren Ende der Einkommensskala. Die Ungleichheit nimmt kontinuierlich zu, deswegen spricht man bereits von einer Reifeudalisierung Europas.

Von Armut betroffen und bedroht sind also 17 Prozent der Gesamtbevölkerung in der EU: über 80 Millionen einkommensarme Menschen, dabei viele Langzeitarbeitslose und Arbeitslose ohne ausreichende Absicherung und Menschen im Niedriglohnsektor. Alleinerziehende und kinderreiche Familien sowie Migrantinnen und Migranten sind besonders von Armut bedroht. Ein besonders skandalöser Befund ist das Ausmaß der Kinderarmut in der EU: In der EU ist jedes fünfte Kind arm. In Italien, Spanien, Griechenland, Polen und Großbritannien lebt sogar fast jedes vierte Kind in Armut und in Rumänien und Bulgarien jedes dritte.

In den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU variiert die Armutsquote zwischen 10 Prozent und 25 Prozent: An dem einen Ende des Spektrums stehen die Niederlande mit einer Armutsrate von 10 Prozent sowie Schweden 11 Prozent. Am anderen Ende des Spektrums weisen Länder wie Bulgarien (22 Prozent) oder Rumänien (25 Prozent) die höchsten Armutsraten aus. Ein neuer Vorhang teilt Europa: Es ist ein Vorhang,

der Arme und Reiche in Ost und West und innerhalb der Länder Europas trennt. Der Eiserne Vorhang ist durch einen goldenen Vorhang des Geldes ersetzt worden.

Immer mehr Menschen sind arm trotz Arbeit. Die absolute Anzahl der Menschen in der EU, die beschäftigt und arm sind, sogenannte „Working Poor“, ist mehr als doppelt so hoch wie die Anzahl der Arbeitslosen, die arm sind. Nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern vor allem niedrig und schlecht bezahlte Arbeit ist der Hauptindikator für Armut in Europa. Die Tatsache, dass ältere Menschen einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind (Frauen 22 Prozent und Männer 17 Prozent), zeugt davon, dass die Renten in vielen europäischen Ländern nicht ausreichen, um ältere Menschen vor Armut zu schützen. Obwohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote der alten EU-Mitgliedsländer bis 2007 sank, nahm Armut zu. Dies belegt, dass die neue europäische Deregulierung den Trend zur Absenkung von Löhnen und weiteren Arbeitsstandards verschärft.

IV

Europa ist noch längst kein gemeinsamer Wirtschafts- und Sozialraum

Es besteht ein gewaltiges wirtschaftliches und soziales Gefälle zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern. Dies führt dazu, dass heute die EU weit davon entfernt ist, ein einheitlicher Wirtschafts- und Sozialraum zu sein – obwohl einheitliche Wettbewerbsregeln gelten. Diesen Wettbewerbsregeln wird von der EU und ihren Mitgliedsländern weitgehend Vorrang eingeräumt vor den Bestimmungen der nationalen Wirtschafts- und Sozialordnungen. Dadurch werden die nationalen Arbeitsverfassungen und Sozialsysteme unter Druck gesetzt.

Das gilt zum Beispiel bei der Verlagerung von Arbeitsplätzen: Unternehmen nutzen durch Verlagerung von Arbeitsplätzen die in den neuen EU-Mitgliedsländern niedrigeren Arbeits- und Sozialstandards – wie etwa bei Lohnniveau, Lohnnebenkosten und Jahresurlaubstagen. So verlagerte Nokia 2008 sein Bochumer Werk nach Rumänien. Den scharfen Protesten der Bochumer Belegschaft und der IG Metall standen begeisterte Reaktionen der rumänischen Öffentlichkeit gegenüber. Umgekehrt nutzen Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliedsländern die Niederlassungsfreiheit,

um Arbeitskräfte zu heimischen Bedingungen in die alten EU-Mitgliedsländer zu entsenden. So kommen Pflegekräfte – legal oder illegal – besonders aus Osteuropa zu Löhnen, die weit unter dem deutschen Lohnniveau liegen.

Das bedeutet: Mit der Osterweiterung der EU ist eine neue Ost-West-Arbeitsmigration entstanden. Die Migranten nehmen niedrigere Arbeitsstandards hin. Damit werden die Arbeitsstandards im sozialstaatlichen Europa unterlaufen. Diese neue Deregulierung innerhalb der EU führt zu einer allgemeinen Absenkung von Lohnniveaus und Arbeitsstandards, zur Lockerung des Kündigungsschutzes, zu mehr befristeten Arbeitsverhältnissen und zur Ausweitung des Niedriglohnsektors. Diese Spirale nach unten ist für die Suche nach Wegen nachhaltiger Armutsbekämpfung bedeutsam, denn ein sozialgesichertes und ausreichend entlohntes Arbeitsverhältnis ist noch immer der beste Schutz vor Armut.

V

Die Lissabonstrategie der Armutsbekämpfung ist bis jetzt gescheitert

Die soziale Krise und die gegenwärtige Finanzkrise sind zwei Seiten der gleichen Medaille: Wenn Armut nachhaltig bekämpft werden soll, brauchen wir eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung. Die Finanzkrise ist nicht nur eine vorübergehende Krise im System. Sie ist eine ethische Orientierungskrise des Finanzsystems. Das jedenfalls meint die EKD, die in ihrem Wort zur Finanzkrise mit dem Titel *„Wie ein Riss in der Mauer“* zu der Folgerung kommt: „Die Vorstellung von durchweg effizient funktionierenden Finanzmärkten ist durch die Krise widerlegt worden“ (S.14). Die Überzeugung, Märkte würden sich selbst korrigieren und privates Unternehmertum sei dem öffentlichen Sektor grundsätzlich überlegen, ist zusammengebrochen.

Lange vor der Finanzkrise gab es bereits die soziale Krise in Europa. Die im Jahr 2000 von den europäischen Regierungschefs verabschiedeten „Strategien von Lissabon“, aus der EU bis 2010 den „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, stehen für das Projekt, den einheitlichen europäischen Binnenmarkt zu einem Ort einer bislang nie da gewesener Entfesselung der Konkurrenz zu machen. Karl Heinz Narjes, deutsches Mitglied der EU-Kommission, sprach von der EU als der „größten Deregulierung in der Wirt-

schaftsgeschichte“. Wirtschaftlicher Wettbewerb wird nun aber nicht mehr als Leistungswettbewerb in einem Rahmen gemeinsamer Regeln verstanden, die deshalb Staaten mit unterschiedlichen Regeln angleichen und harmonisieren sollen. Aus Leistungswettbewerb wird ein Standortwettbewerb. Seit der Lissabonstrategie steht die Harmonisierung der Sozialordnung nicht mehr zur Debatte. Dies meinte auch der damalige britische Premierminister Tony Blair, als er über die Konferenz in Lissabon 2000 sagte: „Der Gipfel steht für eine Veränderung der europäischen Wirtschaftspolitik: weg von der sozialen Regulierungspolitik aus den 80er Jahren – hin zu einem Geist von Innovation. ... Es gibt nicht mehr diesen Harmonisierungs-Wahnsinn, alles angleichen zu wollen“. Es findet also eine Umkehrung statt: Das Soziale wird dem Ökonomischen untergeordnet und zu einem Wettbewerbsfaktor. An die Stelle der „positiven“ Integration durch Gestaltung gemeinsamer Rahmenbedingungen für die Konkurrenz tritt somit die „negative Integration“ durch Beseitigung aller Marktschranken. Diese neoliberal ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat die osteuropäischen Beitrittskandidaten von Anfang an in eine Politik der Marktöffnung und Sparpolitik gezwungen, welche die umfassende Transformationskrise verschärft hat. Nicht zuletzt dadurch wurde eine soziale Polarisierung innerhalb Europas in den Mitgliedsstaaten und auch zwischen Ost- und Westeuropa ausgelöst.

Armut stieg an und Arbeitslosigkeit ebenfalls. Die Arbeitslosenquote schnellte 2009 auf 9,1 Prozent. Die Demontage der europäischen Wohlfahrtssysteme führt bei den sozialen Standards und Lebensbedingungen zu einer Abwärtsbewegung. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die Lissabonstrategie gemessen an ihrem eigenen Ziel gescheitert ist. Der „post-welfare-capitalismus“ bedrängt von Osteuropa her jetzt Westeuropa und sein Sozialmodell.

Armutsbekämpfung wird behindert, wenn die Europäische Union der Gewährleistung eines freien Wettbewerbs Vorrang vor sozialpolitischen Zielen einräumt. Der Glaube an positive soziale Wirkungen einer Deregulierungspolitik hat sich als irrig erwiesen. Warum nicht den Wettbewerb neu definieren? Fordern wir doch von den Mitgliedsstaaten, dass sie in einen Wettbewerb um die besten sozialen und ökologischen Standards eintreten. Das Ziel von Wirtschaftswachstum bekäme damit einen anderen Sinn und eine andere Richtung.

Die neoliberale, auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zielende Lissabon-Strategie der EU hat ihre Versprechen von Vollbeschäftigung mit Qualität der Arbeitsplätze, Gleichheit, Wohlstand oder von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit nicht halten können. Ihre sozialpolitische Strategie („Europäische Soziale Agenda“) und ihre außenwirtschaftliche Strategie („Global Europe“) haben diese Ziele ebenfalls nicht befördert.

VI

Europa braucht eine neue Agenda:

Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt

Angesichts dieser Ergebnisse wäre es eigentlich nur folgerichtig gewesen, dass die EU die an mehr Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Bewahrung der Umwelt orientierten Werte, Politiken und Instrumente des „Skandinavischen Sozialmodells“ als Zielmarke und Vergleichsmaßstab genutzt hätte. Die positiven Erfahrungen und Ergebnisse im protestantischen Diskurs sollten für die evangelischen Kirchen in Europa ein Anlass sein, sich in die Debatte um ein soziales Europa einzumischen. Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) hat ein Studienprojekt „*Stand up for justice*“ bereits initiiert und sich vorgenommen, im Jahr 2011 ein Dokument für ein soziales Europa vorzulegen.

Wenn Skandinavien als erfolgreich bewertet wird, muss auch über den konfessionellen Wurzelgrund des Sozialstaates gesprochen werden. Leider ist dieser weithin und auch in den Kirchen selbst unbekannt. Neuere Forschungen zeigen den herausragenden Anteil gerade lutherischer Kirchen für den Auf- und Ausbau des Sozialstaates. Gerade dort, wo es starke lutherische Traditionen wie in den skandinavischen Ländern und in Deutschland gab, wurde seit dem 19. Jahrhundert der Sozialstaat entwickelt.

Sozialpolitisch war das lutherisch geprägte Thron-und-Altar-Bündnis nicht wenig erfolgreich, denn der Staat wurde nicht nur als Macht- oder Rechtsstaat in die Pflicht genommen, sondern auch als Sozialstaat. Ein solcher Sozialstaat ist nicht ein Almosenstaat nur für die „wirklich Bedürftigen“, sondern ein „universeller Sozialstaat“, der seine Leistungen allen Bürgerinnen und Bürgern zuteilt, durch eine aktive, gestalten-

de Sozialpolitik für den sozialen Ausgleich sorgt und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft für die Finanzierung des Sozialstaates in Anspruch nimmt. *Stand up for justice* – der Konsultationsprozess in den evangelischen Kirchen Europas sollte in diesem Sinne zu einer neuen Wertschätzung und Weiterentwicklung europäischer Sozialstaatlichkeit in der ethischen Tradition der Kirchen ermutigen.

In diesem Sinne müssen wir fünf Problemkreise aufgreifen: Erstens – die Beschäftigungssituation muss verbessert werden, der Niedriglohnsektor muss eingedämmt werden durch ein feststehendes Mindesteinkommen. Zweitens – Familien mit Kindern brauchen im Blick auf Betreuung und Schulbedarf umfassende Unterstützung und mehr als bisher steuerliche Erleichterungen. Im Blick auf die deutsche Situation darf man festhalten: Wer zukunftsfähige Kinderpolitik will, darf sie in der Sozialhilfe nicht wie kleine Erwachsene behandeln, für die nur noch die Krümel übrig sind. Sie brauchen eine armutsfeste Existenzsicherung, am besten durch eine Kindergrundsicherung. Drittens – es ist höchste Zeit, die Grundsicherung im Alter und die Finanzierung der Pflege alter Menschen auf stabile Beine zu stellen. Das heißt: Nur ein starker Steuerstaat kann ein starker Sozialstaat sein. Das gilt auch und gerade in Europa. Viertens – wir brauchen eine Stärkung der Zivilgesellschaft, in der anerkannt wird, dass Kirchen und Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen zu Barmherzigkeit und Gerechtigkeit mehr beitragen, als Regierungen und staatliche Einrichtungen es tun können. Fünftens – der soziale Zusammenhalt in Europa kann nur gestärkt werden, wenn Sozialdumping verhindert und strategische Armutsbekämpfung in einem europäischen Gesellschaftsvertrag zum Programm wird.

VII

Ein gerechtes Europa braucht die Kirchen mit ihrem Blick von unten

Eine europaweite Strategie zur Armutsbekämpfung braucht eine starke gesetzgeberische Kompetenz der EU-Ebene. Doch die Krise zeigt, dass die EU derzeit nicht die Lösung, sondern Teil des Problems ist. Deshalb ist „widergelagerte Gesellschaftspolitik“ (Wilhelm Röpke) durch die Zivilgesellschaft unabdingbar, wenn die Politik den Vorrang vor der Ökonomie für eine soziale Steuerung des Marktes durchsetzen soll.

Der Sozialstaat ist ja nicht ein Anhängsel der Marktwirtschaft, sondern eine kulturelle Errungenschaft.

Es besteht allerdings die Gefahr, dass sich der ökonomische Wettbewerb der EU-Mitgliedsländer in einer Ost-West-Spaltung der Zivilgesellschaft wiederfindet. So drängen Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen in den alten EU-Mitgliedsländern (West) auf den Schutz erreichter sozialer Standards und auf deren Weiterentwicklung. Manche zivilgesellschaftlichen Akteure in den neuen EU-Mitgliedsländern (Ost) erhoffen sich hingegen von einer Absenkung der Standards bessere Entwicklungschancen für ihr Land. Doch zivilgesellschaftliche Gruppen werden nur dann Reformen zur Armutsbekämpfung anstoßen können, wenn sie eine gesamteuropäische Perspektive für soziale Gerechtigkeit und für einen europäischen Sozialstaat aufzeigen.

Ein solcher europäischer zivilgesellschaftlicher Austausch steht noch ganz am Anfang. Ihn zu entwickeln gehört zu den sozialstaatlichen Verpflichtungen der Kirchen Europas, wenn sie ihren bisherigen sozialpolitischen Impuls beibehalten und auf europäischer Ebene fortführen wollen. Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag eines Bündnisses von über 30 kirchlichen Organisationen hat deshalb in einem „Jahrbuch Gerechtigkeit“, das in wenigen Wochen erscheinen wird, gefordert, dass die Kirchen sich in diesem Sinn engagieren sollten. Denn sie bringen sehr viel mit, um das Gemeinsame Haus Europa zu bauen: feste Wurzeln, viel Gemeinschaft, feste Werte und viel Hoffnung – und den Geist der Liebe und der Solidarität, der auch in Krisen tragfähig ist, der einen langen Atem hat und noch immer und immer wieder neu an die Auferstehung glaubt.

Unterschiedliche historische Erfahrungen haben allerdings dazu geführt, dass Kirchen in den alten und neuen EU-Mitgliedsländern häufig unterschiedliche Auffassungen über die Funktionen des Sozialstaates haben: Während viele Kirchen in den alten EU-Mitgliedsländern sich als Garanten des Sozialstaates verstehen, tendieren manche Kirchen in Osteuropa aufgrund negativer Erfahrungen mit staatlichem Handeln in staatssozialistischen Ländern zu einer Staatsdistanz. Doch gerade der Sozialstaat ist der Schlüssel zur Bändigung der destruktiven Dynamik des Marktes. Seit seiner Entstehung bestand seine Aufgabe darin, den Markt durch umverteilende,

intervenierende und kompensierende Politik zu korrigieren und zu bändigen. Dies jedoch kann heute im europäischen Kontext nur gelingen, wenn der Sozialstaat gerade in seiner widerständigen Funktion politisch, kulturell und ethisch gestärkt wird. Die Kirchen habe historisch eine ganz entscheidende Rolle dabei gespielt, eben diese „widerständige Funktion des Sozialstaates“ zu stärken. Dahinter steht ja die Überzeugung, dass keine und keiner verloren gehen darf und wir nur gemeinsam leben können. Und dass daher gerade in der Steuerpolitik starke Schultern mehr tragen können als schwache.

Ich fasse zusammen: Erstens – soziale Sicherheit ist das Fundament der Freiheit. Daher gehören soziale Gerechtigkeit und Demokratie zusammen als zwei Seiten einer Medaille (Gustav Heinemann). Die Kirchen in Europa haben auch angesichts ihrer öffentlichen Rolle in Wort und Tat Verantwortung für die Fortentwicklung des Sozialstaates in Europa. Zweitens – Diakonie und Kirche haben die Aufgabe, dass Menschenwürde und sozialer Ausgleich in Europa zusammengehalten werden. Der Protestantismus in Europa muss mit seinem Blick von unten und als Stimme der Stummen unverwechselbar bleiben. Darauf vertrauen die Menschen, und dieses Vertrauen darf nicht Schaden leiden. Drittens – Jesus hat ja nicht von Honig und Marmelade gesprochen, sondern vom Salz der Erde und vom Licht der Welt. Ihr seid es! Und das hat er so gemeint, wie er es gesagt hat: dass das Reich Gottes auf Erden mit dem Lastentragen beginnt (Martin Luther), als Mitleidenschaft, als *Compassio* mit denen, die nicht so können, wie sie wollen. Daran entscheidet sich, ob uns Jesu Hoffnung für diese Welt abgenommen wird. Das heißt: Die Stärke Europas misst sich am Wohl der Schwachen. Und wenn uns dies wert und teuer ist, hat es auch seinen Preis. Würde er gezahlt, erschiene das reiche Europa in einem neuen Licht.

